



## Inhalt

Aus den VÖB-Instituten .....	1
Über den Rand geschaut .....	5
Vom Politischen Parkett .....	6
Neues aus der EU .....	7
Gut zu wissen .....	8
Empfehlenswert .....	9
Quellennachweis .....	9
Impressum .....	9

## Aus den VÖB-Instituten

Seit Ende Januar 2010 bietet die **Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft** in NRW (KBG), an der die **NRW.BANK** mit 49 Prozent beteiligt ist, auch langfristiges Kapital in Form von **stillen Beteiligungen** an.

Gefördert werden wachstumsorientierte Unternehmen aller Branchen in Nordrhein-Westfalen, die Investitionen, Expansionsvorhaben oder Unternehmensnachfolgen finanzieren wollen. Ihnen steht je nach Unternehmenssituation eines der drei Produkte KBG Start, KBG Wachstum und KBG Nachfolge zur Verfügung. Beteiligungsvolumina von 50.000 Euro bis hin zu einer Million Euro mit einer Laufzeit von jeweils zehn Jahren sind möglich. Für die stillen Beteiligungen ist ein marktgerechtes jährliches Festentgelt sowie eine gewinnabhängige Vergütung zu zahlen.

In Thüringen gibt es seit Ende Januar d.J. zwei **Kreditmediatoren**, die vom Wirtschaftsministerium berufen wurden. Das **Mediatorenbüro ist in der Thüringer Aufbaubank (TAB)** in Erfurt zu finden.

Die Kreditmediatoren sollen die mittelständischen Unternehmen in Thüringen dabei unterstützen, dringend benötigte Kredite, Darlehen und Bankbürgschaften für ihre Investitionen und Vorhaben zu erhalten. Sie seien nicht in

das Kreditmediationsverfahren auf Bundesebene eingebunden (siehe auch „Vom politischen Parkett“).

Kontakt unter: [www.thueringer-kreditmediator.de](http://www.thueringer-kreditmediator.de) oder [post@thueringer-kreditmediator.de](mailto:post@thueringer-kreditmediator.de)

Im Februar 2010 startete das Land Schleswig-Holstein eine neue Mittelstandsoffensive. Mit der **"SH-Finanzierungsinitiative für Stabilität und Wachstum"** wollen die Förderinstitute - **Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)**, Bürgschaftsbank (BB) und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) - gesunden Firmen binnen 20 Tagen "aus der Klemme" helfen. Betriebe sollen dadurch einen leichteren Zugang zu öffentlichen Krediten, Bürgschaften und Beteiligungen erhalten.

Die Hausbanken bleiben grundsätzlich Ansprechpartner der Unternehmen. In Problemfällen sollen zwei Finanzierungs-Koordinatoren aus IB und MBG als Vermittler eingeschaltet werden, die den Hausbanken als direkte Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Für Kredit-Anträge bis zu 800.000 Euro ist der MBG-Vertreter zuständig, für die Anträge zwischen 800.000 und 1,5 Millionen Euro die Investitionsbank Schleswig-Holstein.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Freiberufler in NRW können seit Februar d. J. bei der **Leasingfinanzierung** betrieblicher Neuanschaffungen erstmals **Fördergutscheine der NRW.BANK** einsetzen. Dazu wurde zwischen der NRW.BANK und der GRENKELEASING AG sowie der GRENKE BANK AG eine Kooperation über ein begrenztes Kontingent befristet bis 31. August 2010 vereinbart. Die Höhe der Förderung beträgt zwei Prozent der Summe aller Leasingraten. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

- Förderberechtigt sind Gewerbeunternehmen und Angehörige freier Berufe aus NRW,
- Jahresumsatz bis zu 500 Millionen Euro,

■ Vertragslaufzeit zwischen zwölf und 84 Monaten

Der Fördergutschein wird mit Vertragsabschluss eingelöst, d. h. dem Leasingkunden wird vorab der individuelle Förderbetrag in einer Summe ausgezahlt.

---

Im Rahmen des **Bayerischen Mittelstandsschirms** können kleine und mittlere Unternehmen seit Februar auch **Haftungsfreistellungen für Betriebsmittelkredite** von der **LfA Förderbank Bayern** erhalten. Die Entlastung der Hausbanken kann bis zu 60 Prozent des Kreditrisikos betragen.

---

Im neuen **Netzwerk für Unternehmensgründungen in Sachsen-Anhalt „ego.-BUSINESS“** werden seit März 2010 die bisher geförderten Projekte „Businessplanwettbewerb“ und „Business Angels Netzwerk“ zusammengeführt und weiterentwickelt. Existenzgründer und junge Unternehmen mit aussichtsreichen Marktchancen hätten so umfassenden Zugang zu Expertenwissen, zu individueller Beratung sowie zu maßgerechten Förder- und Finanzierungslösungen.

Die **Investitionsbank Sachsen-Anhalt** plant, im Rahmen von „ego.-BUSINESS“ rund 110 Gründungsteams je Wettbewerbsjahr zu betreuen. Diese sollen zur Marktreife gebracht und erfolgreich am Markt platziert werden. „Ego.-BUSINESS“ wird von 2010 bis 2012 mit einer Million Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landeshaushalts gefördert.

---

Die **BayernLB Private Equity**, eine 100-prozentige Tochter der BayernLB hat Ende April 2010 ihr Leistungsangebot um den **Zukunftsmarktfonds für den Mittelstand** erweitert. Das Fondsvolumen beträgt 50 Millionen Euro.

Der Zukunftsmarktfonds ist als Unternehmensbeteiligungsgesellschaft konzipiert. Er begleitet mittelständische Unternehmen und Projekte aus den Branchen Nachhaltigkeit, CleanTech und Erneuerbare Energien mit bis zu 10 Millionen Euro Eigenkapital im Einzelfall.

Es handelt sich um einen offenen Fonds ohne definierte Laufzeit und Volumen (evergreen Fonds). Weitere Investoren können sich beteiligen.

In Zusammenarbeit mit der BayernLB können auch gemeinsam maßgeschneiderte Finanzierungslösungen angeboten werden.

---

Im April 2010 haben das Niedersächsische Wirtschaftsministerium, die **NBank, die NordLB**, die IHK-Arbeitsgemeinschaft Hannover-Braunschweig, der Niedersächsische Industrie- und Handelskammertag NIHK, die Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen, die Unternehmerverbände Niedersachsen e.V., die Unternehmensverbände Handwerk Niedersachsen, der Bankenverband Niedersachsen e.V., der Sparkassenverband Niedersachsen und der Genossenschaftsverband e.V. eine **gemeinsame Erklärung zur verstärkten Zusammenarbeit bei der Mittelstandsfinanzierung in Niedersachsen** unterzeichnet.

Ziel ist die ausreichende Kreditversorgung mittelständischer Unternehmen. Dazu wurde die Durchführung von „Kreditmediationsgesprächen“ zwischen den beteiligten Finanzinstituten, Kammern und Verbänden vereinbart. Erste Ansprechpartner für Unternehmen mit Klärungsbedarf sind die jeweiligen Wirtschaftsverbände sowie die Industrie- und Handelskammern und auch die NBank. Das niedersächsische Modell ist in die Kreditmediation auf Bundesebene eingebunden (siehe auch „Vom politischen Parkett“).

Zudem soll vierteljährlich ein so genannter „Kreditgipfel“ mit Vertretern der Finanzinstitute, der NBank, der Kammern und Unternehmerverbände sowie des Landes (einschließlich Landeskreditausschuss) tagen, der die aktuelle Markt- und Problemlage sondiert, jedoch keine Einzelfallentscheidungen trifft.

Darüber hinaus sollen unter Federführung der Kammern und/oder der jeweiligen regionalen Arbeitgeberverbände landesweit Informationsveranstaltungen die Initiative flankieren. Auch hier werde die NBank eingebunden.

Seit April d.J. gibt es in Hessen das Förderprogramm „**Kapital für Kleinunternehmen**“. Gewerbliche Kleinunternehmen und freiberuflich Tätige, die nicht mehr als 15 sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter beschäftigen und deren Jahresumsatz zwei Millionen Euro nicht übersteigt, können über ihre Hausbank Nachrangdarlehen bei der **Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen** beantragen.

Diese Finanzierungsmittel sollen zur Verbesserung der Finanzierungsstruktur sowie der Liquiditätssituation dienen. Die Bonitätseinstufung des Antragsstellers darf zum Zeitpunkt der Antragstellung eine 1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit von drei Prozent nicht überschreiten. Die Hausbank darf dabei das Rating in einer „Was-wäre-wenn-Rechnung“ nach Inanspruchnahme des Programms errechnen.

- Darlehensbeträge 25.000 Euro bis 75.000 Euro,
- keine banküblichen Sicherheiten,
- Nachrangdarlehen,
- Kofinanzierung durch die Hausbank in Höhe von mindestens 50 Prozent des Darlehensbetrags,
- Auszahlung zu 100 Prozent,
- sieben Jahre Laufzeit,
- endfälliges Darlehen ohne Sondertilgungsoption,
- Festzins,
- keine Gebühren.

Seit Ende Mai fördert die **LfA Förderbank Bayern** mit dem **neuem Investivkredit 100 Pro** innovative Wachstumsinvestitionen insbesondere Verfahrens- bzw. Prozessinnovationen. Das Programm richtet sich an KMU sowie Freiberufler in Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern (Fördergebietskulisse). Es wird durch Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und die LfA Förderbank Bayern refinanziert.

- Kreditvergabe über Hausbank,
- Darlehensbetrag mindestens 2.500 EUR, höchstens 1,5 Millionen EUR,
- Verwendung der langfristigen Darlehenstypen mit 15- bzw. 20-jähriger Laufzeit nur bei Vorhaben mit mindestens 50 Prozent langfristig zu finanzierenden Investitionen.

Darüber hinaus hat die **LfA Förderbank Bayern** Ende Mai d. J. Produktverbesserungen bei ihrem Förderprogramm „**Mittelstandskapital**“ vorgenommen.

Die Zugangsvoraussetzungen wurden erleichtert. Nun können Vorhaben in ganz Bayern gefördert werden und die Beschränkung auf innovative Vorhaben entfällt. Auch junge, bereits am Markt etablierte Unternehmen können einen Antrag stellen. Grundstücke, gebrauchte Wirtschaftsgüter sowie zusätzlicher Betriebsmittelbedarf in Zusammenhang mit den getätigten Investitionen zählen nun ebenso zu den förderfähigen Investitionen. Darüber hinaus wurden die Dokumentationspflichten vereinfacht.

Der Höchstbetrag der Förderung beträgt 200.000 Euro. Das Mittelstandskapital hat Mezzanine-Charakter und bündelt die Vorteile von Fremd- und Eigenkapital. Im Insolvenzfall tritt die Darlehensforderung im Rang hinter Forderungen anderer Kreditgeber zurück. Daher würden die Hausbanken den Förderkredit als wirtschaftliches Eigenkapital des Kreditnehmers anerkennen.

Die **Thüringer Aufbaubank (TAB)** stellt seit Juni 2010 Thüringer Unternehmen das **neue Förderkreditprogramm „Thüringen-Dynamik“** zur Verfügung. Das Programm speist sich aus einem revolving Fonds, d.h. Zins und Tilgung fließen in den Fonds zurück und stehen dann erneut für die Förderung zur Verfügung. Drei Viertel der Mittel kommen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Insgesamt ist Thüringen-Dynamik mit 120 Millionen Euro dotiert. Zu den Programmmerkmalen:

- für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft (ausgenommen des Hoch- und Tiefbaus, der Wasser- und Energiewirtschaft sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse verarbeitende und vermarktende Unternehmen), Gaststätten, Hotels und Pensionen, Dienstleister sowie wirtschaftsnahe Freiberufler,
- Beantragung über die Hausbank,
- für Investitionen in das Sachanlagevermögen (kein Grundstücks- u. Immobilienerwerb), für Betriebsmittel nur in Verbindung mit einem Investitionsdarlehen (davon bis zu 20 Prozent),
- Darlehen von 5.000 Euro bis zwei Millionen Euro,

- Auszahlung 100 Prozent,
- Darlehenslaufzeit wahlweise acht oder zehn Jahre, davon bis zu zwei Jahre tilgungsfrei, Betriebsmittel sechs Jahre, davon ein Jahr tilgungsfrei,
- günstiger Festzins für die gesamte Laufzeit,
- bei nicht ausreichenden banküblichen Sicherheiten Haftungsfreistellung von 50 Prozent des Darlehensvolumens,
- kann mit anderen Förderprodukten kombiniert werden.

---

Der **Beteiligungsfonds PET II** (Private Equity Thüringen GmbH & Co. 2) ist im Juni an den Start gegangen. Dieser Fonds wird von der **bm-t beteiligungsmanagement thüringen gmbh** verwaltet, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der **Thüringer Aufbaubank**.

Junge technologieorientierte sowie kleine mittelständische Unternehmen aus Thüringen können offenes und stilles Beteiligungskapital von maximal vier Millionen Euro erhalten. Branchenbeschränkungen gibt es nicht.

Der Fonds ist mit 40 Millionen Euro dotiert. Das Kapital stammt von der Thüringer Aufbaubank, der bm-t sowie der Ärzteversorgung Thüringen.

---

Die **NRW.BANK** hat seit Ende Juni ihr **Beratungsangebot für den Mittelstand** erweitert. Dazu arbeitet sie mit verschiedenen Partnern, u. a. dem Verband freier Berater e. V. „Die KMU-Berater“ und der SYMBIO CONSULT GmbH zusammen. Unternehmerinnen und Unternehmen werden Seminare zu den Themen „In Bankgesprächen wirksam agieren“ und „Bilanz und betriebswirtschaftliche Auswertungen“ angeboten.

---

Bereits Ende Januar d. J. hatte die **NRW.BANK** der **Commerzbank** ein **Globaldarlehen für den Mittelstand** von insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die einzelnen Darlehen kann die Commerzbank in der Laufzeit flexibel gestalten und risikogerecht verzinsen.

---

Im April hat die **KfW Entwicklungsbank** mit der staatlichen Förderbank der russischen Föderation, der Vnesheconombank (VEB), in Hamburg ein **Memorandum of Understanding (MoU) zum „Deutsch-Russischen Programm für Innovation und Modernisierung kleiner und mittlerer Unternehmen“** unterzeichnet. Vorgesehen ist die Förderung von Innovation und Modernisierung der mittelständischen Wirtschaft der Russischen Föderation in Höhe von 100 Millionen EUR.

Die von der KfW zu vergebenden Kredite sollen mit einer Garantie der VEB besichert werden und an Partnerbanken in Russland vergeben werden. Banken, die sich für diese KfW-Kredite qualifizieren wollen, müssen stark regional verankert sein und über ausreichende Kontakte zu KMU verfügen.

---

Die **Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH** und die **Deutsche Bank** haben Ende April einen Vertrag über **Refinanzierungsdarlehen zur Förderung des Mittelstandes** geschlossen.

Die Deutsche Bank möchte damit ihre mittelständischen Kunden bei ihren Aktivitäten im In- und Ausland noch besser unterstützen.

---

Ende Mai 2010 hat die **NRW.BANK** mit der **Postbank** einen Vertrag über die Bereitstellung eines **Globaldarlehens** in Höhe von 40 Millionen Euro **zur Förderung des Mittelstandes** in Nordrhein-Westfalen unterzeichnet. Die Konditionen werden von der Postbank direkt an Freiberufler und mittelständische Unternehmen in NRW im Rahmen maßgeschneiderter Finanzierungslösungen weitergegeben.

---

Die **KfW** hat im Juni 2010 zwei **Globaldarlehen** über insgesamt 50 Millionen EUR an die **kroatische Förderbank HBOR** zur Förderung von kleinen und mittleren

Unternehmen in Kroatien vergeben. Die HBOR kann aus diesen Mitteln zinsgünstige Kredite ausreichen.

Das erste Globaldarlehen über 20 Millionen EUR werde im Rahmen der EU-Finanzierungsfazilität für kleine und mittlere Unternehmen der Europäischen Kommission abgeschlossen. Dabei werde das Globaldarlehen der KfW mit EU-Zuschüssen kombiniert. Die Darlehensmittel werden durch die CEB, Council of Europe Development Bank (Entwicklungsbank des Europarates), refinanziert.

Das zweite Globaldarlehen über 30 Millionen EUR aus allgemeinen Refinanzierungsmitteln der KfW diene der Finanzierung des HBOR-Mittelstandprogramms für Investitionen im Tourismussektor. Durch das Globaldarlehen werde den Unternehmen sowohl über die HBOR direkt als auch über lokale Banken der Zugang zu Finanzierungen für langfristige Investitionen erleichtert.

---

## Über den Rand geschaut

Kunden der **Commerzbank** können seit Februar 2010 bereits abgelehnte Kredite durch den sogenannten „**Sonderbeauftragten für Mittelstandskredite**“ erneut prüfen lassen. Der Sonderbeauftragte ist zugleich auch Ansprechpartner für den Kreditmediator der Bundesregierung (siehe auch „Vom politischen Parkett“ und „Aus den VÖB-Instituten“). Er berichtet direkt an den Vorstand.

Die Commerzbank hat die Einführung des o.g. Sonderbeauftragten als Teil ihres zu Jahresbeginn aufgelegten **Programms für den deutschen Mittelstand** deklariert. Demzufolge sei für mittelständische Unternehmen mit einem Jahresumsatz zwischen 2,5 und 500 Millionen Euro ein zusätzliches marktüblich verzinstes Kreditvolumen in Höhe von fünf Milliarden Euro zur Finanzierung von Betriebsmitteln und Investitionen zur Verfügung gestellt worden.

Ergänzt werde dieses Mittelstandsprogramm durch die Einführung zusätzlicher Entscheidungsparameter bei der Kreditvergabe. Das bedeute, dass nicht nur quantitative Fakten wie Jahresabschlüsse oder Kostenstrukturen bewertet werden, sondern zusätzlich die Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells für Kernbranchen analysiert wer-

de (auch Marktattraktivität sowie Markt- und Wettbewerbssituation).

---

Zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung mittelständischer Unternehmen hat die **Deutsche Bank** im Februar 2010 ihr Angebot um den **"Mittelstandsfonds für Deutschland"** erweitert. Der mit anfänglich 300 Millionen Euro ausgestattete Fonds wird durch die M Cap Finance gemanaged und stellt zukunftsfähigen mittelständischen Unternehmen Eigenkapital in Form von Genussrechten zur Verfügung. Durch die Genussrechte (Laufzeit sieben Jahre) bleiben die Mittelständler unabhängig in ihren unternehmerischen Entscheidungen.

Der Fonds richtet sich an Mittelständler mit einem Umsatz von bis zu 100 Millionen Euro. Diese können Mittel zwischen zwei Millionen Euro und zehn Millionen Euro erhalten. Die Anlageentscheidungen trifft ein unabhängiger Investitionsausschuss.

---

**KfW Bankengruppe und Commerzbank** haben im Juni 2010 ihren gemeinsam initiierten **„Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand“** vorgestellt. Er soll mit einem Gesamtvolumen von bis zu 500 Millionen Euro branchenübergreifend Eigenkapital für Unternehmen mit bis 500 Millionen Euro Jahresumsatz unterbreiten. Zielgruppe des Fonds seien deutsche Familienunternehmen. Die Höhe einer Eigenkapitalbeteiligung kann zwischen zehn Millionen und 30 Millionen Euro betragen.

Bis zum Start im Sommer d. J. werde der Fonds von den beiden Gründungspartnern mit jeweils knapp 100 Millionen Euro ausgestattet (KfW-Anteil unter 50 Prozent). Zudem sollen das externe Fondsmanagement beteiligt und weitere Investoren für den Fonds gewonnen werden.

Das Konzept unterscheide sich von anderen Private Equity-Fonds. Es sähe ein längerfristiges Engagement als bisher üblich vor. Geplant seien Minderheitsbeteiligungen, die dem Unternehmen als echtes Eigenkapital für Wachstumsinvestitionen zur Verfügung stehen und dem Unternehmen zugleich ein hohes Maß an Autonomie sichern. Darüber hinaus könne der Unternehmer über das Fondsmanagement und einen erfahrenen Industrie-Beirat wertvolles Know-how und Kontakte erhalten. Das

bevorzugte Ausstiegsszenario sei der Rückkauf der Anteile durch den Unternehmer.

## Vom Politischen Parkett

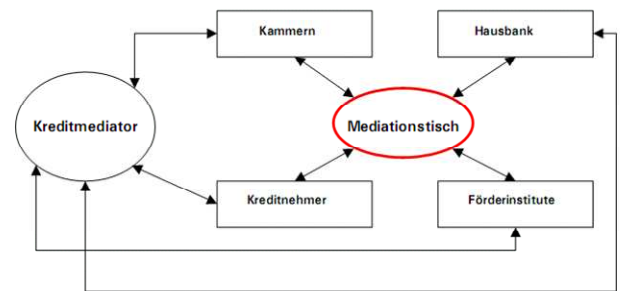
Seit Anfang März 2010 fungiert der **Kreditmediator Deutschland im Auftrag der Bundesregierung** als bank-unabhängiger, neutraler Vermittler zwischen Unternehmen und Kreditwirtschaft. Er hat die Aufgabe, das Mediationsverfahren zu koordinieren und die Unternehmen bei Bedarf in den verschiedenen Phasen des Verfahrens begleiten. Kritische Punkte sollen durch einen neutralen Dritten identifiziert, kommuniziert und im Idealfall beseitigt werden. Ziel sei es, ein einvernehmliches Ergebnis zwischen allen Beteiligten herbeizuführen.

Unternehmer und Unternehmen, deren Kreditwunsch abgelehnt wurde (also nicht bei Unzufriedenheit mit den Konditionen!), können ein Mediationsverfahren beantragen, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen.

- natürliche oder juristische Personen sowie Personengesamtheiten der gewerblichen Wirtschaft oder gewerblich selbständig Tätige,
- seit mind. zwei Jahren aktiv am Markt, d.h. mindestens zwei Abschlüsse vollständiger Geschäftsjahre liegen vor (Ausnahmen möglich, wenn unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten schon mehr als zwei Jahre am Markt tätig z.B. aufgrund einer Übernahme eines Betriebs oder bei reiner Umfirmierung),
- Jahresumsatz, bei konzernangehörigen Unternehmen der konsolidierte Jahresumsatz (Gruppenumsatz) darf Euro 500 Millionen i.d.R. nicht überschreiten,
- schriftliche Ablehnung oder signifikante Kürzung eines Kreditersuchens in den letzten drei Monaten vor Antragstellung durch ein Kreditinstitut (einschl. Förder- und Bürgschaftsbanken) mit Geschäftssitz in Deutschland (gilt nicht für staatliche Entscheidungen z.B. ablehnende Bürgschafts- und Garantieentscheidungen),
- abgelehntes oder gekürztes Kreditvolumen von mind. Euro 25.000,
- Kredit sollte ein gewerbliches Vorhaben finanzieren in Deutschland oder im Ausland durch ein Unternehmen mit Sitz in Deutschland,
- kein Insolvenzantrag, auch keine Verpflichtung dazu, kein Sanierungs- oder Restrukturierungsbedarf,
- keine laufenden Rechtsstreitigkeiten mit den zuständigen Kreditinstituten oder Schlichtungsverfahren, auch keine entsprechenden Vorbereitungen,
- keine Runde-Tisch-Gespräche beantragt oder in Durchführung,
- Bereitschaft des Antragstellers zur Leistung eigener Beiträge im Rahmen seiner Möglichkeiten.

Weitere Einzelheiten auch im Merkblatt unter:

<http://www.kreditmediator-deutschland.de/assets/Uploads/kreditmediationsverfahren-merkblatt-antragsteller.pdf>



## Beteiligte am Mediationsverfahren

Auch in **Baden-Württemberg (BW)** soll ein **Kreditmoderator** helfen, Kreditverhandlungen zwischen Unternehmen und Banken, die ins Stocken geraten sind, wieder anzuschieben. Es gibt keine Mindestkreditgrenze. Das Verfahren ist formlos.

Neben der reinen Moderation zwischen Banken und Unternehmen, wird der Kreditmoderator bei jedem Einzelfall die Einbindung staatlicher Förderinstrumente - insbesondere die Förderkreditprogramme der L-Bank, sowie durch Bürgschaftsbank, L-Bank oder Land zu gewährende Bürgschaften - prüfen. Mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) und der L-Bank stehen auch eigenkapitalnahe Finanzierungsformen bereit.

Neben der Klärung von Einzelfällen, soll der Kreditmoderator auch unternehmensübergreifende Probleme bei den Kreditinstituten ansprechen.

Der Kreditmoderator ist im Wirtschaftsministerium BW angesiedelt und steht in engem Kontakt zum Kreditmediator des Bundes.

Das **Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie** hat im März 2010 seine **Außenwirtschaftsoffensive** vorgestellt, die die folgenden vier Zielstellungen verfolgt:

- **KMU im Ausland politisch flankieren:**  
Beteiligung von KMU bei größeren Losen in Ausschreibungen unterstützen, Fachkräfte anziehen durch offene und unbürokratische Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, der deutschen Wirtschaft im Vorfeld sportlicher Großveranstaltungen Impulse geben, sich stärker zu formieren, thematische Bündelung der Außenwirtschaftsaktivitäten, deutsche Wirtschaft bei Vergabeverfahren internationaler Organisationen besser unterstützen.
- **Instrumentenkasten ausschöpfen:**  
Durchführung von Standortkampagnen im Ausland durch Germany Trade and Invest, Zusammenführung von Unternehmen (match-making), Koordinierung und Ausbau der verschiedenen Exportförderprogramme des BMWi, Weiterentwicklung der Exportgarantien, Erweiterung des Netzes der Auslandshandelskammern (Libyen, Irak, Aserbaidschan, Ghana und Kenia) u.a.m.
- **Weniger Bürokratie – mehr Handel:**  
Streichung nicht mehr relevanter Vorschriften im Außenwirtschaftsgesetz, insbesondere deutsche Sondervorschriften, die das europäische Exportkontrollrecht ergänzen und kein Pendant in den nationalen Exportkontrollgesetzen europäischer Partnerländer finden, Beschleunigung der Entscheidungsverfahren in den interministeriellen Ausschüssen Exportkredit- und Investitions Garantien. Verbesserung der Zusammenarbeit der Organisationen der Entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (EZ) und Organisationen der Außenwirtschaftsförderung, insbesondere der Auslandshandelskammern vor Ort. Aufbau einer bundesweiten Online-Datenbank von registrierten "Business Angels for Export", Präsentation der Wirtschafts Nation Deutschland auf den Weltausstellungen in Shanghai (2010), Korea (2012) und Italien (2015) sowie Auslandsmessen.
- **Außenwirtschaftspolitischen Rahmen gestalten.**  
Abschluss der Doha-Runde noch in diesem Jahr, Verhandlungen zu einem plurilateralen Abkommen gegen Produktpiraterie (ACTA-Abkommen) abschließen, Marktzugang zu den wichtigen Wach-

tumsregionen Asiens und Lateinamerikas durch bilaterale Freihandelsabkommen verbessern.

## Neues aus der EU

Im Juni 2010 hat die **EU-Kommission den KMU-Jahresbericht 2009** vorgelegt, der in ihrem Auftrag von EIM Business & Policy Research erstellt wurde. Er enthält Informationen über die Lage der KMU und die KMU-Politik in der Europäischen Union und berichtet über die Umsetzung der Leitlinien des im Jahr 2008 verabschiedeten „Small Business Act“.

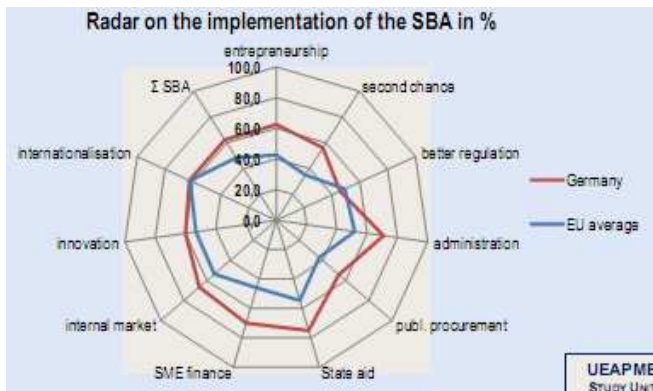
Für die Interpretation der Zahlen ist es gut zu wissen, dass die Analyse auf verfügbaren Daten des Jahres 2006 beruht, die für jeden EU-Mitgliedstaat erhoben werden konnten. Bei den Zahlen für spätere Jahre handelt es sich um Schätzungen.

Bei Deutschland wird eine überdurchschnittliche Unternehmensgröße konstatiert. Für 2008 wurden 1.520.873 Kleinstunternehmen, 257.525 kleine Unternehmen und 42.777 mittlere Unternehmen geschätzt. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU 27 ist aufgrund des Kleinstunternehmenssektors und seiner niedrigeren Wertschöpfung der volkswirtschaftliche Beitrag der KMU niedriger. Insgesamt schneide Deutschland überwiegend durchschnittlich ab. Bewertet wurden einzelne Indikatoren zu den SBA-Grundsätzen:

- Unternehmertum
- Zweite Chance
- Vorfahrt für KMU
- KMU-freundliche Verwaltung
- Öffentliches Auftragswesen und staatliche Beihilfen
- Binnenmarkt
- Qualifizierung und Innovation
- Umwelt
- Internationalisierung

Die Angaben zu Deutschland sind dem SBA-Factsheet 09 zu entnehmen. Zu finden unter:

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/pdf/final-vo/sba\\_fact\\_sheet\\_de\\_german\\_100526.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/performance-review/pdf/final-vo/sba_fact_sheet_de_german_100526.pdf).



Aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise hatte die **EU-Kommission** im August 2009 eine bis Ende 2010 **befristete Ausnahmegenehmigung für die staatliche Exportkreditversicherung** erteilt. Seitdem konnten die Exporteure die Absicherungsmöglichkeiten mit Hermesdeckungen von Lieferungen mit kurzfristigen Zahlungszielen in die Länder der EU und OECD nutzen.

Im Juni d. J. hat die EU-Kommission auf Antrag der Bundesregierung die befristete Regelung zur staatlichen Exportkreditversicherung konkretisiert. Damit können Lieferungen zu kurzfristigen Zahlungszielen, die bis einschließlich 30. Juni 2011 erfolgen, mit Exportkreditgarantien abgesichert werden, wenn die betreffenden Exportverträge bis zum Jahresende 2010 unterzeichnet werden. Näheres unter: <http://www.agaportal.de>.

### Gut zu wissen

**Creditreform** bildet das Zahlungsverhalten in der deutschen Wirtschaft in einem Index ab. Der sogenannte **DRD-Index** wird halbjährlich anhand der Daten aus dem Creditreform Debitorenregister (DRD) sowie den Creditreform Mittelstandsbefragungen zu Konjunktur- und Finanzthemen von rund 4.000 Unternehmen ermittelt. Die jüngste Veröffentlichung erfolgte am 1. Juni 2010.

Der DRD-Index setzt sich zusammen aus:

- 1. Zahlungsklima:** Hier wird ganz allgemein die Zahlungsweise der Kunden beurteilt.
- 2. Einhaltung der Zahlungsziele:** Hier werden die von den Kunden in Anspruch genommenen Zahlungsziele angegeben.

**3. gewichtete Überfälligkeit:** Hier wird der durchschnittliche Zahlungsverzug für im Debitorenregister erfasste Rechnungen ermittelt. (vorher mit dem ausstehenden Euro-Betrag gewichtet).

**4. Ausmaß und Höhe der Forderungsverluste.**

Die Bewertung erfolgt anhand einer Punkteskala von 0 bis 100 (100-95 = Note 1, 49-0 = Note 5). Die Teilindizes erhalten unterschiedliche Gewichtungen und werden dann zum DRD-Index addiert.

Der Gesamtindex für Deutschland betrug im Frühjahr d. J. 64,5 von 100 möglichen Punkten. Er verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr (Frühjahr 2009 bei 63,3 Punkten, Herbst 2009 bei 63,7 Punkten).

- 1. Allgemeines Zahlungsklima:** 68 (66) Punkte
- 2. Einhaltung der Zahlungsziele:** 74 (72) Punkte
- 3. Gewichtete Überfälligkeit:** 56 (55) Punkte
- 4. Forderungsverluste:** 66 (66) Punkte

Creditreform konstatiert, dass mit dem Überschwappen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft Ende 2008 sich auch das Zahlungsverhalten verschlechterte und die Insolvenzzahlen stiegen.

Kundenzahlungsverhalten nach Wirtschaftszweig		
Branche	Punkte	Trend
Grundstoffe	70 (69)	↑
Chemie	69 (67)	↑
Konsumgüter	70 (66)	↑
Metall und Elektro	68 (70)	↓
Baugewerbe	65 (66)	↓
Großhandel	68 (67)	↑
Einzelhandel	77 (71)	↑
Verkehr und Logistik	66 (70)	↓
Unternehmensdienstleistungen	70 (73)	↓
Personendienstleistungen	71 (65)	↑

Quelle: creditreform

Weitere Informationen unter:

[http://www.creditreform.de/Deutsch/Creditreform/Aktuelles/Creditreform\\_News\\_dyn/Creditreform\\_News/2010-06-01\\_DRD-Index.jsp](http://www.creditreform.de/Deutsch/Creditreform/Aktuelles/Creditreform_News_dyn/Creditreform_News/2010-06-01_DRD-Index.jsp)

Nunmehr seit fast zwei Jahren können Existenzgründer ihr Unternehmen **in der Rechtsform der Unternehmergesellschaft (Mini-GmbH) gründen**. Das **Institut für Mittelstandsforschung Bonn** (IfM Bonn) informierte, dass in 2009 ca. 9.800 Unternehmensgründer von dieser Möglichkeit Gebrauch machten. Insgesamt wurden in 2009 ca. 412.600 Existenzgründungen in der gewerblichen Wirtschaft gezählt, darunter 43.741 Unternehmensübernahmen, 263.756 Kleingewerbe-Gründungen und 105.103 „größere“ Gründungen von Hauptniederlassungen. Nur für Letztere sei die Zahl der Mini-GmbH-Gründungen relevant, da die Unternehmergesellschaft auch ins Handelsregister eingetragen muss. Folglich seien rund neun Prozent aller Gründungen in diesem Segment in der neuen Rechtsform der Unternehmergesellschaft vollzogen worden.

Das **IfM Bonn** schätzt die **Zahl der zur Übertragung anstehenden Familienunternehmen für den Zeitraum 2010 bis 2014** auf 110.000 (= 22.000 p.a.). Betroffen wären ca. 1,4 Millionen Beschäftigte. Die meisten Übergeben werden aus Altersgründen erfolgen – das sind 86 Prozent. Weitere Übergabegründe sind der Tod des Unternehmers (zehn Prozent) und die Krankheit des Eigentümers (vier Prozent).

## Empfehlenswert

Mittelstand im Mittelpunkt, DZ BANK Mittelstandsstudie, Kommunikation zwischen Unternehmen und Hausbank, Ausgabe Frühjahr 2010, DZ BANK

Die Broschüre ist als Pdf-Datei im Internet erhältlich:

[http://www.dzbank.de/internet\\_gr/index.jsp;jsessionid=00001INEaa](http://www.dzbank.de/internet_gr/index.jsp;jsessionid=00001INEaa)



[bxiHdzJQ7ZoWCr9BV:10f7pd9lj?fname=index.html&path=%2Fmittelstand%2Fpublikationen%2Fmittelstandsstudie&name=internet\\_gr\\_mittelstand&flagSite=false&mEE=mittelstand&mZE=publikationen&mDE=mittelstandsstudie&m4E=&m5E=&m6E=&flagNav=true](http://www.dzbank.de/internet_gr/index.jsp;jsessionid=00001INEaa)

## Sie wollen diesen Newsletter abonnieren?

Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an [mittelstand@voeb.de](mailto:mittelstand@voeb.de). Geben Sie einfach den Betreff „Newsletter“ an. Hinweise und Anregungen nehmen wir gern entgegen.

## Weitere Newsletter des VÖB

VÖB-Aktienmarkt-Prognose

VÖB-Aktuell

VÖB Finanzmarkt

VÖB Zahlungsverkehr

## Quellennachweis

[www.agaportal.de](http://www.agaportal.de) [www.bayernlb.de](http://www.bayernlb.de), [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de)  
[www.commerzbank.de](http://www.commerzbank.de) [www.creditreform.de](http://www.creditreform.de), [www.deutsche-bank.de](http://www.deutsche-bank.de), [www.dzbank.de](http://www.dzbank.de), [www.ec.europa.eu](http://www.ec.europa.eu),  
[www.ib-sachsen-anhalt.de](http://www.ib-sachsen-anhalt.de), [www.ib-sh.de](http://www.ib-sh.de), [www.ifm-bonn.org](http://www.ifm-bonn.org),  
[www.isb.de](http://www.isb.de), [www.kfw.de](http://www.kfw.de) [www.lfa.de](http://www.lfa.de),  
[www.nbank.de](http://www.nbank.de), [www.nrwbank.de](http://www.nrwbank.de), [www.tab.de](http://www.tab.de),  
[www.wibank.de](http://www.wibank.de), [www.wm.baden-wuerttemberg.de](http://www.wm.baden-wuerttemberg.de)

## Impressum

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB  
Lennéstraße 11, 10785 Berlin  
Telefon (0 30) 81 92-2 75 • Telefax (0 30) 81 92-279  
E-Mail: [mittelstand@voeb.de](mailto:mittelstand@voeb.de) • Internet: [www.voeb.de](http://www.voeb.de)  
Ansprechpartnerin: Beate Siewert  
Redaktionsschluss: 8. Juli 2010